

FRAUEN WÄHLEN.

GLEICHBERECHTIGT, SELBSTBESTIMMT UND FREI!

WAHLPRÜFSTEINE VON TERRE DES FEMMES (TDF) ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

An CDU, CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP.

TDF legt die Wahlprüfsteine nicht der AfD vor, weil wir uns für ein modernes, zukunftsorientiertes Frauenbild einsetzen. Das steht im Gegensatz zu dem rückwärtsgewandten, von der AfD propagierten Frauenbild.

TERRE DES FEMMES

Menschenrechte für die Frau e.V.

Brunnenstr. 128
13355 Berlin

Tel.: 030/40504699 - 0
Fax: 030/40504699-99
E-Mail: info@frauenrechte.de
www.frauenrechte.de



Seit 40 Jahren tritt TERRE DES FEMMES ein für ein Leben ohne geschlechtsbasierte Diskriminierung, Gewalt und Ausbeutung für alle Menschen.

Bestandsaufnahme

Gleichberechtigt, selbstbestimmt und frei zu leben ist für die Mehrheit der Mädchen und Frauen weltweit ein in noch weiter Ferne liegendes Ziel.

Auch in Deutschland ist dieses Ziel längst nicht für alle Mädchen und Frauen verwirklicht. Obwohl wir eines der reichsten und fortschrittlichsten Länder der Welt sind, fehlen offenbar die Mittel, Mädchen und Frauen umfassend, effektiv und nachhaltig vor Gewalt und Menschenrechtsverletzungen zu schützen.

- In Deutschland wird jeden dritten Tag eine Frau ermordet, weil sie eine Frau ist, von ihrem Partner oder Expartner. Stoppen Sie gemeinsam mit uns Femizide!
- In Deutschland ist jede vierte Frau von häuslicher Gewalt betroffen, jede siebte Frau hat sexualisierte Gewalt erlebt. Stoppen Sie gemeinsam mit uns Gewalt gegen Frauen!
- In Deutschland sind 74.899 Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung (engl. abgekürzt FGM) betroffen und 20.182 Mädchen bedroht (gemäß Dunkelzifferstatistik). Stoppen Sie gemeinsam mit uns FGM!
- In Deutschland werden jährlich Mädchen unter 18 Jahren zwangsverheiratet. Verlässliche Zahlen gibt es wegen fehlender Studien und Evaluationen nicht. Weltweit werden jährlich 12 Millionen Mädchen unter 18 Jahren verheiratet, viele von Ihnen sind nicht einmal 16 Jahre alt. Stoppen Sie gemeinsam mit uns Zwangsverheiratung und Frühehen!
- In Deutschland floriert Menschenhandel, Mädchen und Frauen werden sexuell gegen ihren Willen ausgebeutet. Stoppen Sie gemeinsam mit uns Mädchen- und Frauenhandel!

Über diese Menschenrechtsverletzungen und Missstände hinaus zeigt uns die Corona-Pandemie schonungslos auf, dass in Krisenzeiten Mädchen und Frauen um ein Vielfaches häufiger und schlimmer von Gewalt betroffen sind als sonst schon.

Kämpfen Sie mit uns für ein sicheres, selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben für alle Frauen und Mädchen in Deutschland!

Unsere Vision

Gleichberechtigt:

vor dem Gesetz und in der Arbeitswelt, bei Bildungs- und Karrierechancen und auch bei der Teilung der Familienarbeit

Selbstbestimmt:

in der Sexualität und bei allen Lebensentscheidungen wie PartnerInnenschaft, Heirat, Mutterschaft, Berufswahl und Teilnahme am öffentlichen Leben

Frei:

von Rollenzwängen und allen Formen von Gewalt

Nutzen Sie zur Bundestagswahl 2021 unsere Prüfsteine - für ein zukunftsorientiertes, gerechtes Deutschland, in dem es selbstverständlich ist, dass Mädchen und Frauen ein gewaltfreies, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben führen können.

Unsere Wahlprüfsteine

1. Wird sich Ihre Partei für einen Nationalen Aktionsplan zur Prävention und Abschaffung von weiblicher Genitalverstümmelung einsetzen, der nachfolgendes umfasst?

- Schulung von Fachkräften: PädagogInnen, SozialarbeiterInnen, ÄrztInnen, Hebammen, MitarbeiterInnen des Jugend- und Sozialamts, PolizistInnen
- langfristige Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit in Diaspora-Communitys, um einen Einstellungs- und Verhaltenswandel zu erreichen
- die Einführung eines von den Bundesministerien verabschiedeten „Schutzbriefs“, der über die gesundheitlichen Risiken sowie die strafrechtlichen Konsequenzen von weiblicher Genitalverstümmelung aufklärt
- flächendeckende Fachberatungsstellen für betroffene Mädchen und Frauen
- medizinische und psychologische Nachbehandlung (inkl. Rekonstruktionsoperation) als Kassenleistung ohne Zuzahlung

Weibliche Genitalverstümmelung = female genital mutilation

FGM ist eine schwere Menschenrechtsverletzung und eine Form geschlechtsspezifischer Gewalt. Mindestens 200 Millionen Mädchen und Frauen sind weltweit betroffen. Aber FGM ist auch ein europäisches Problem: 600.000 von FGM betroffene und weitere 180.000 gefährdete Mädchen und Frauen leben in der Europäischen Union, davon geschätzt knapp 75.000 betroffene Frauen sowie 20.000 bedrohte Mädchen in Deutschland. Deshalb ist eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema dringend erforderlich.

2. Wollen Sie auch ein gesichertes Aufenthaltsrecht für Betroffene von Menschenhandel aus Drittstaaten unabhängig von ihrer Zeugenaussage?

Frauenhandel

Frauenhandel ist eine schwere Menschenrechtsverletzung. Momentan bekommen nur Betroffene von Menschenhandel aus Drittstaaten, deren Aussage von der Staatsanwaltschaft als notwendig erachtet wird und die zur Aussage bereit sind, eine befristete Aufenthaltsberechtigung in Deutschland. Dies wird der prekären Lage der Betroffenen und den menschenrechtlichen Verpflichtungen von Deutschland nicht gerecht.

3. Wird sich Ihre Partei für die Einführung des Sexkaufverbots gem. Nordischem Modell in Deutschland sowie die Finanzierung von Ausstiegsprogrammen und Unterstützungseinrichtungen für Prostituierte stark machen?

Prostitution

Prostitution ist eine der am längsten tradierten Formen sexueller Ausbeutung von Mädchen und Frauen im Patriarchat. Das am 1. Juli 2017 in Kraft getretene Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) erlaubt weiterhin die Profitnahme Dritter an der sexuellen Ausbeutung von Frauen. Trotz gegenteiliger internationaler Verpflichtungen geschieht in Deutschland nichts, um die Nachfrage von Sexkäufern nach Prostitution zu reduzieren.

4. Ist Ihre Partei auch der Meinung, dass die vorhandene Gesetzeslücke geschlossen werden muss und religiöse und soziale Zwangsverheiratungen nach § 237 StGB strafbar sein müssten? Werden Sie sich für ein Verbot der religiösen Voraustragung auch für Volljährige sowie eine strafrechtliche Verfolgung einer Zuwiderhandlung stark machen?

Zwangsverheiratung und Frühehen

Eine Zwangsverheiratung ist eine Menschenrechtsverletzung, die zumeist Mädchen und Frauen betrifft und oft aufgrund der damit in Zusammenhang stehenden Unterdrückung sowie häuslichen und sexualisierten Gewalt lebenslange Folgen für die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen hat. Viele Betroffene sind minderjährig und daher in einem besonderen Maße abhängig von den Eltern und dem „Ehemann“. Religiöse Eheschließungen werden bislang nicht vom Staat kontrolliert und begünstigen daher Zwangsehen.

5. Wird sich Ihre Partei für die ersatzlose Streichung der Paragraphen 218/219 aus dem Strafgesetzbuch und des Paragraphen 12 aus dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) einsetzen?

Schwangerschaftsabbruch

„My body my choice!“ Die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo erklärte 1994 das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit zum Menschenrecht. Frauen und Männer sollten zukünftig selbstbestimmt und frei über die Familienplanung entscheiden können. Das schließt auch die freie Entscheidung über den Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft ein.

Dieses Recht wird Frauen in Deutschland bislang verwehrt. Nach Paragraph 218 StGB steht die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs grundsätzlich unter Strafe, auch wenn er unter Einhaltung bestimmter Bedingungen straffrei bleibt.

Paragraph 219a StGB verhindert darüber hinaus, dass Betroffene sich niedrigschwellig über mögliche Methoden und Orte für Schwangerschaftsabbrüche informieren können, indem ÄrztInnen, die öffentlich über Schwangerschaftsabbrüche aufklären, kriminalisiert werden.

6. Möchten Sie auch, dass jegliche Form von Leihmutterschaft verboten bleibt, weil sie die Würde der Frau und des Kindes verletzt? Welche effektiven Maßnahmen werden Sie ergreifen, um zu verhindern, dass deutsche StaatsbürgerInnen Mietmütter im Ausland beauftragen?

Leih-/Mietmutterschaft

Auch wenn der Wunsch vieler Menschen nach Elternschaft verständlich ist, sind Grenzen dort zu ziehen, wo die Erfüllung des Kinderwunsches zu Lasten anderer Menschen geht und gegen ethische Grundsätze verstößt. Bei der sogenannten „Leih- oder Mietmutterschaft“ wird das Kind zum Gegenstand eines Vertrages, zu einer Ware gemacht; die austragende Mutter zu einer „Miet-Gebärmutter“ degradiert: es handelt sich also um eine Vermarktung des weiblichen Körpers. Der Körper der Mietmutter wird zum Gegenstand von Ausbeutung für die Bedürfnisse anderer. Bei der Mietmutterschaft handelt es sich auch um eine Form des Kinderhandels. Die Praxis der Mietmutterschaft steht im Widerspruch zu den Grundsätzen sämtlicher internationaler und europäischer Menschenrechtsabkommen, wie z.B. der UN-Kinderrechtskonvention. Es gilt: Menschenrechte und Menschenwürde sind unteilbar. Deshalb muss Mietmutterschaft in Deutschland verboten bleiben.

7. Werden Sie sich für eine bundesweite gesetzliche Regelung des sogenannten Kinderkopftuchs an allen öffentlichen Bildungseinrichtungen stark machen?

„Kinderkopftuch“

Die gesamtgesellschaftliche Integration und Teilhabe von Mädchen und Frauen aus streng patriarchalen Ländern ist wichtiger Bestandteil der Arbeit von TERRE DES FEMMES. Traditionelle oder religiöse Praktiken, die das Kindeswohl gefährden und Mädchen zu bestimmten Verhaltensweisen indoktrinieren, müssen hinterfragt werden. Auch wenn Mädchen das Kopftuch scheinbar „freiwillig“ tragen, liegt dieser Entscheidung eine Sozialisation zugrunde, die sie auf ein bestimmtes Verhalten ausrichtet. Mädchen, die in Deutschland aufwachsen, haben dasselbe Recht auf eine ungezwungene Kindheit und freie Entfaltungsmöglichkeit wie alle anderen Kinder: Jungen wie Mädchen.

8. Ist Ihre Partei auch der Meinung, dass wir ein Vollverschleierungsverbot an allen Schulen und Bildungseinrichtungen sowie im öffentlichen Raum brauchen? Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit Frauen in Deutschland sich nicht verhüllen, verstecken oder gar unsichtbar machen müssen?

Vollverschleierung

Für TERRE DES FEMMES sind die Vollverschleierung und der Gesichtsschleier Produkte patriarchaler Strukturen und somit ideologische Symbole. Der Bayerische Landtag hat im Juli 2017 den Gesichtsschleier im öffentlichen Dienst, an Hochschulen, in Kindergärten und Wahllokalen verboten. Dafür mussten jedoch elf bereits bestehende bayerische Gesetze geändert werden. Ein bundesweites Vollverschleierungsverbot im gesamten öffentlichen Raum würde den bürokratischen Aufwand verringern und die politische Durchsetzung erleichtern. Ein Verbot der Vollverschleierung kann ebenfalls als Signal der Solidarität mit FeministInnen und AktivistInnen in totalitären Ländern verstanden werden, die dort unter erschwerten Bedingungen und auch unter Lebensgefahr gegen den Zwang zur Verschleierung und für mehr Liberalität und Freiheit kämpfen.

9. Stimmt Ihre Partei auch für den Erhalt des Berliner Neutralitätsgesetzes und eine bundesweite Ausdehnung? Werden Sie sich für ein Pflichtfach „Ethik“ an allen öffentlichen Schulen einsetzen, um SchülerInnen zu integrieren, statt zu separieren?

Neutralitätsgesetz und Integration

Neben RichterInnen, StaatsanwältInnen, PolizistInnen darf die Vorbildfunktion von LehrerInnen nicht unterschätzt werden. Schule muss ein wertungsfreier und neutraler Raum bleiben, damit junge Menschen selbstbestimmte und freie Entscheidungen treffen und entwickeln können. In den besonders prägenden Jugendjahren – gerade in der Schule als Spiegel der Gesellschaft und Ort der Integration – gilt es, die Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit den eigenen, subjektiv für gültig erachteten Wertvorstellungen zu entwickeln und zu reflektieren sowie den Dialog mit Andersdenkenden zu üben.

Ein gemeinsamer Ethikunterricht, in dem Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Glaubensrichtungen zusammenkommen, fördert die Integration und den konstruktiven Austausch zum Thema Religion, den gemeinsamen oder auch unterschiedlichen Werteansichten und damit das Verständnis füreinander. Gerade beim Thema Religion ist es besonders wichtig das Miteinander zu unterstützen, statt eine Trennung voneinander aufgrund der Religion noch zu verstärken.

10. Wird Ihre Partei einen Rechtsanspruch auf Hilfe bei Gewalt unabhängig von Wohnort, Gesundheitszustand, Herkunft oder Aufenthaltstitel Betroffener umsetzen?

Häusliche Gewalt

Jährlich sind mehr als 100.000 Frauen von häuslicher Gewalt betroffen, das derzeitige Hilfesystem für Frauen nach Gewalt ist jedoch nicht ausreichend. Nach aktuellen Schätzungen der Bundesregierung fehlen jährlich bspw. immer noch mehr als 14.600 Schutzplätze für Frauen in Frauenhäusern. Die von der Regierung bereits 2018 ratifizierte Istanbul-Konvention sieht vor, dass es pro 10.000 Einwohner (Männer, Frauen und Kinder) mindestens einen „Family Place“ geben muss. Trotzdem ist für viele betroffene Frauen kein sicherer Ort in erreichbarer Nähe.

11. Werden Sie sich für die Datenerhebung und Forschung von Femiziden einsetzen, um dieses Gewaltpotenzial bekannt zu machen und sich für eine Strafverschärfung der Täter sowie für Fortbildungen und verbindliche Protokolle bei Polizei und Gerichtswesen stark machen?

Femizide

Jeden Tag versucht ein Mann seine Partnerin oder Ex-Partnerin in Deutschland umzubringen und jeden dritten Tag gelingt ihm das. Trotzdem findet in Deutschland immer noch keine angemessene Einordnung und Strafverfolgung dieser Morde statt. Die Bundesregierung verweigert die Anerkennung und Definition des Begriffs Femizid und lässt damit diesen Straftatbestand unerkannt. Eine umfassende und nachhaltige Bekämpfung findet bislang noch nicht statt.

12. Will Ihre Partei auch eine flächendeckende Versorgung von sogenannten Opferschutzambulanz, bei denen eine „Anonyme Spurensicherung“ möglich ist und wo Beweise bis zu 20 Jahre gerichtsfest gelagert werden?

Sexualisierte Gewalt

Betroffene von sexualisierter Gewalt müssen die Möglichkeit haben, etwaige Spuren der Tat zu sichern, ohne gleichzeitig eine Anzeige erstatten zu müssen. Das Angebot der „anonymen“ bzw. „anzeigenunabhängigen“ Spurensicherung in Deutschland hat sich zwar verbessert, ist aber noch lange nicht ausreichend und flächendeckend gewährleistet. Während Großstädte meist gut versorgt sind, wird insbesondere in ländlich geprägten Regionen eine Unterversorgung deutlich. So ist in Thüringen bisher noch keine Institution offiziell bekannt, bei der die anonyme Spurensicherung möglich ist.

13. Wird sich Ihre Partei für bundesweit verpflichtende U-Untersuchungen (ärztliche Vorsorgeuntersuchungen) für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr einsetzen, die nachfolgendes umfasst:

- Kostenübernahme für alle U-Untersuchungen durch die Krankenkassen
- Bundesweit einheitliche Evaluierung
- Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung von Fort- und Weiterbildungen für Kinder- und JugendärztInnen im Umgang von Fällen der Vernachlässigung, sexueller oder sexualisierter Gewalt oder weiblicher Genitalverstümmelung

U-Untersuchungen

Regelmäßige ärztliche Vorsorgeuntersuchungen (U-Untersuchungen) dienen dazu, dass Krankheiten, welche die körperliche, geistige, emotionale und soziale Entwicklung gefährden, frühzeitig bei Kindern und Jugendlichen identifiziert, entsprechend behandelt oder ihnen vorgebeugt werden. Sie können auch dazu beitragen, Fälle von Kindeswohlgefährdungen, wie Vernachlässigung, Verwahrlosung, sexuelle oder sexualisierte Gewalt bei Kindern sowie Genitalverstümmelung bei Mädchen frühzeitig zu erkennen bzw. zu verhindern.

14. Wird sich Ihre Partei im Rahmen von bilateralen Verhandlungen der deutschen Internationalen Zusammenarbeit (IZ) einbringen, um Menschenrechtsstandards einzufordern und insbesondere Frauenrechtsverletzungen anzuprangern sowie die Sichtbarkeit von Frauenorganisationen zu stärken?

Internationale Zusammenarbeit

TDF setzt sich in der Internationalen Zusammenarbeit für eine Welt ohne Armut und Gewalt ein, in der alle Menschen unabhängig von Ihrem Geschlecht, Alter, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit in Frieden, Würde und Sicherheit leben können. Ein zentrales Element dafür ist die Verbesserung von Frauenrechten. Sexualisierte Gewalt als weltweites Problem ist von der Weltgesundheitsorganisation als ein globales Gesundheitsproblem von epidemischem Ausmaß deklariert und muss mit allen Mitteln bekämpft werden. Ein Ansatz wäre, in allen bilateralen Verhandlungen der deutschen IZ auf Geschlechtergerechtigkeit und den Kampf gegen Frauenrechtsverletzungen hinzuwirken. Finanzierungszusagen der deutschen IZ sollten von konkreten Maßnahmen und Projekten zum Schutz und zur Förderung von Frauen- und Mädchen abhängig gemacht werden.

Welche weiteren konkreten Maßnahmen werden Sie und Ihre Partei umsetzen, damit Frauen und Mädchen in Deutschland und weltweit gleichberechtigt, selbstbestimmt und frei von Gewalt leben können?



TERRE DES FEMMES

Menschenrechte für die Frau e.V.
Gleichberechtigt, selbstbestimmt und frei